

Akteneinsichtsrecht in den USA: Ein Bürgerrecht wird durchgesetzt

Geschichte der politischen Konflikte um den *Freedom of Information Act* bis zur seiner ersten Novellierung 1974

Dissertation Eingereicht am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
der Freien Universität Berlin im Sommersemester 2000

Disputation am 6. November 2000

Autor: Christoph Bruch
Neue Christstr. 6
D-14059 Berlin
Tel: 030 - 32 10 32 82
bruch@zedat.fu-berlin.de

Erstgutachter: Prof. Dr. Wolf Dieter Narr
Potsdamer Str. 41
D-12205 Berlin
Tel./Fax.: 030 -833 71 62

Zweitgutachter: Prof. Dr. Martin Kutscha
Forststr. 53
D-12163 Berlin
Tel.: 030 - 791 49 41

Danksagung

Michael Bruch, Elisabeth Heinrich, Angela Malter, Franziska Schaare und Martin Schmidtner haben auf unverzichtbare Weise zum Gelingen des Projektes beigetragen. Die Diskussionen mit Ihnen, besonders in Form der Auseinandersetzung mit ihren Kommentaren zu meinen Entwürfen, haben an vielen Stellen zu einer Veränderung der Argumentation geführt und hoffentlich zu einer guten Lesbarkeit des Textes beigetragen. Zusätzlich zu ihren inhaltlichen Beiträgen haben sie mir durch ihre persönliche Unterstützung die Kraft und den Freiraum gegeben, die Arbeit zu schreiben. Für ihre Freundschaft zu und ihre Geduld mit mir danke ich ihnen herzlich!

Gesondert betonen möchte ich meinen Dank an Elisabeth Heinrich. Sie war am stärksten von den Auswirkungen des Projektes betroffen, und hat auf geniale Weise dessen Abschluss befördert.

Dank gebührt daneben Prof. Wolf-Dieter Narr und Prof. Martin Kutscha. Prof. Narr hat als mein Doktorvater das Verfassen der Arbeit mit viel Wohlwollen begleitet, mich mit seinen regelmäßigen Anstößen zur Weiterarbeit motiviert, und, wie Prof. Kutscha, die zeitaufwendige Aufgabe übernommen, die fertige Arbeit zu lesen und zu bewerten.

Schließlich danke ich der Freien Universität Berlin für ein Stipendium im Rahmen ihres Programmes zur Nachwuchsförderung, und dem DAAD für die finanzielle Unterstützung eines Forschungsaufenthaltes in Washington, DC und am FOI-Center der University of Missouri. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Mitarbeitern des FOI-Centers und der Bibliothek des John F. Kennedy-Instituts der Freien Universität meinen Dank aussprechen.

A handwritten signature in black ink, reading "Christian Bruch". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Abstract

In der Arbeit werden der Entscheidungsprozesse um die Durchsetzung des FOIA 1966 und dessen Novellierung 1974 analysiert. Die Analyse wird aus machttheoretischer Perspektive geführt. Die Rhetorik, sprich Problemanalyse, mit der ein Akteneinsichtsrecht gefordert wurde, änderte sich im Untersuchungszeitraum (1930-1974) nicht. Dem gegenüber schwankten die Erfolgsaussichten der Protagonisten des Akteneinsichtsrechtes deutlich. Diese Schwankungen werden in der Arbeit mit Machtverschiebungen erklärt.

Weiter wird gezeigt, dass die vordergründigen Legitimationen der Forderung nach einem Akteneinsichtsrecht, die Förderung von Partizipation und eine seit der Aufklärung vertretende Hoffnung auf den läuternden Einfluss öffentlicher Diskussion bzw. der Durchsetzung von Vernunft, nicht das Zentrum der Motivation seiner frühen Protagonisten bildeten, und im gesamten Analysezeitraum die Motivationen der Angehörigen der FOIA-Gemeinde heterogen blieb.

Die in den 30er Jahren zur Befriedigung partikularer Interessen von der Anwaltsvereinigung vorgebrachte Forderung nach Verwaltungstransparenz wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Journalisten- und Verlegerverbänden zur Öffnung der Weltmärkte instrumentalisiert. Erst Ende der 40er Jahre, als im Kontext der durch den Kalten Krieg ausgelösten paranoiden Stimmung die Pressefreiheit und die Bürgerrechte insgesamt auf bedrohliche Weise eingeschränkt wurden, gewannen innerhalb der FOIA-Gemeinde die "ehrlichen" Befürworter der Forderung an Bedeutung.

Ab Mitte der 50er Jahre wurde die Problematik von der jeweiligen Opposition im Kongress zu parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen genutzt. 1955 wurde im Repräsentantenhaus ein über den gesamten Untersuchungszeitraum fortbestehender Ausschuss zur Untersuchung der Informationspolitik der Exekutive gegründet. Daneben wurde die Auseinandersetzung um ein Akteneinsichtsrecht durch den verfassungsrechtlich angelegten und kontinuierlich schwelenden Konflikt um die Informationsrechte der Legislative gegenüber der Exekutive stark beeinflusst.

Der 1966 verabschiedete FOIA und seine erste Novellierung 1974 spiegeln deutlich die für das Gesetz wichtige Machtverteilung im Kongress wider. Wachsende Opposition gegen die Einschränkung der Transparenz der Regierungsgeschäfte machte die Ablehnung eines Akteneinsichtsrechtes zunehmend schwieriger. Die Durchsetzung des FOIA 1966 war ein greifbares Resultat der veränderten Machtverteilung. Dabei war es der Johnson-Administration noch möglich, den verabschiedeten Gesetzesentwurf so stark zu verwässern, dass sich für die Verwaltung praktisch geringe Konsequenzen ergaben.

Durch den Watergate-Skandal und öffentliche Proteste gegen die Geheimhaltungspolitik im Kontext des Vietnamkrieges wurden die FOIA-Gegner weiter geschwächt, so dass 1974 mit der Novellierung des FOIA das erste "echte" Akteneinsichtsrecht für die Bundesverwaltung der USA durchgesetzt werden konnte.

Die Durchsetzung des FOIA und seiner Novellierung resultierten nicht aus einer Veränderung der Haltung der politischen Klasse zur Problematik Verwaltungstransparenz. Beide Entscheidungen waren Bauernopfer der Exekutive, die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen wollte. Mit der Verabschiedung der Amendments von 1974 demonstrierte der Kongress seine Macht gegenüber der Exekutive, um verlorengegangenen Einfluss auf sie zu restaurieren. Schließlich wird gezeigt, wie einflussarme Akteure, nämlich als Vasallen von entscheidenden Machträgern, ihre Interessen durchsetzen können.

Im Schlusskapitel wird zusätzlich zur Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit die Entwicklung des FOIA bis einschließlich seiner Novellierung von 1996 erörtert. Die wichtigsten Entwürfe des FOIA bzw. seiner Vorläufer sowie alle Gesetzesänderungen bis einschließlich der Novellierung von 1996 sind im Anhang zusammengestellt.

Abstract

In this thesis the decision making processes which led to the passing of the FOIA 1966 and its amendment in 1974 are analyzed. The most important bills for the FOIA and its precursors as well as all amendments to the law until 1996 are compiled in the appendix.

The analysis is pursued from a power theoretical perspective. The rhetoric, i.e., problem analysis, which was used to legitimize the demand for a right to know law, did not change during the time span (1930-1974) that is covered in this study. In contrast the FOIA protagonist's chances for success varied considerably. These variations are explained with power shifts.

Furthermore it is shown that the ostensible legitimization of the demand for a right to know law, the encouragement of participation and hope that public discussion will help reason to succeed in decision making, were not at the center of the motivation of its early protagonists. Throughout the analyzed period the motivation of the FOI-community remained heterogeneous.

Before WWII the American Bar Association was the first lobby group that demanded more government. After the War this argument combined with claims for freedom of the press was exploited by Journalist, editor, and publisher associations to open international markets. Only in the late forties, when the paranoid mood of the Cold War led to threatening restrictions of civil rights including freedom of the press did the "true" protagonists of FOI gain weight within the FOI-community.

From the mid fifties on the problematic was used for party politics. 1955 a subcommittee, which remained active throughout the analyzed period, was instituted in the House of Representatives to study the executive's information policy. Parallel the conflict concerning a right to know law was heavily influenced by the struggle between the executive and the legislative power for informational rights.

The 1966 passed FOIA and its amendments of 1974 explicitly reflect the distribution of power relevant to these acts in Congress. Growing opposition against restrictions to government transparency made it continuously harder to reject a right to know law. The passing of the FOIA 1966 was an indication of a power shift. But the Johnson administration still had the power to mitigate the bill so that in practice the law brought little change to bureaucratic secrecy.

The Watergate scandal and public protests against secrecy in the context of the Vietnam shifted power further in favor of FOIA-protagonists so that in 1974 the FOIA could be decisively strengthened by its first amendment.

The passing of the FOIA and its amendment 1974 did not result from a change in the stance of the political class toward government transparency. In fact both decisions were a scarification of a pawn by the executive in order to regain credibility. In addition the passing of the 1974 amendments was a assertion of power by congress who tried to restore lost influence on the executive.

The development of the FOIA after 1974 including its amendment in 1996 is discussed in the summary chapter.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Definition des Begriffes Akteneinsichtsrecht	1
1.2	Wieso ist eine Auseinandersetzung mit der Regelung des Akteneinsichtsrechtes wichtig?	2
1.3	Motivation und Leitfrage	4
1.4	Untersuchungsobjekt: Das Akteneinsichtsrecht für die amerikanische Bundesverwaltung	5
1.5	Quellen und Methode	8
1.6	Gliederung der Arbeit	10
2.	Argumente zur Legitimation und Begrenzung eines Anspruches auf Akteneinsicht.....	13
2.1	Argumente zur Legitimation des Anspruches auf politische Transparenz	13
2.1.1	Politische Transparenz als Ideal	13
2.1.2	Politische Transparenz und Demokratie	14
2.1.2.1	Direkte Information der Bürger	15
2.1.2.2	Indirekte Information der Bürger	17
2.1.2.2.1	Die Medien I: Der verlängerte Arm der Bürger	17
2.1.2.2.2	Das Parlament: Informationen nehmen und geben	17
2.1.2.2.3	Die Medien II: Vierte Regierungsgewalt	17
2.1.2.2.4	Fazit	18
2.1.3	Politische Transparenz im individuellen Interesse	19
2.1.3.1	Rechtsstaatlichkeit	19
2.1.3.2	Persönlichkeitsentfaltung und Existenzsicherung	19
2.2.1.4	Politische Transparenz als Kur gegen Missmanagement und Korruption	20
2.1.5	Bedingungen für die Nutzung des Akteneinsichtsrechtes	20
2.1.6	Politische Transparenz durch Indiskretionen	21
2.2	Argumente zur Legitimation der Begrenzung politischer Transparenz	22
2.2.1	Schutzwürdige Belange	22
2.2.1.1	Beratungsgeheimnis	22
2.2.1.2	Schutz sicherheitspolitisch brisanter Informationen	23
2.2.1.3	Schutz der Privatsphäre und des geistigen Eigentums	24
2.2.1.4	Schutz von Geschäftsgeheimnissen	25
2.2.2	Kosten	26
2.3	Fazit	26
3	Fallbeispiel USA: Geschichte der Diskussion der Informationsrechte der Bürger gegenüber ihrem Regierungssystem und der Regierungsgewalten untereinander.....	29
3.1	Wurzeln des amerikanischen Verständnisses von Pressefreiheit und politischer Transparenz	29
3.2	Bedeutung von Informationsströmen	31
3.3	Kontrolle von Informationsströmen	31
3.4	Tradition der relativen Offenheit der Regierungsgeschäfte	32

3.4.1	Juristische Argumentationsmuster zur Begründung eines rechtlich garantierten Anspruches auf Akteneinsicht	33
3.4.1.1	Zusammenhang von Pressefreiheit und Transparenz der Regierungsgeschäfte.....	33
3.4.1.2	Legitimation des Anspruches auf Akteneinsichtsrecht durch seine Verknüpfung mit der Garantie der Pressefreiheit	34
3.4.1.3	Legitimation des Anspruches auf Akteneinsicht durch Interpretation des Gewohnheitsrechtes.....	37
3.4.1.4	Legitimation des Anspruches auf Akteneinsicht durch Analogieschluss zur Beschränkung des Schutzes der Privatsphäre von Mandatsträgern	38
3.4.1.5	Überlegungen, die gegen eine verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtes auf Akteneinsicht sprechen.....	38
3.4.2	Fazit	39
3.5	Begründung von Ansprüchen auf Geheimhaltung.....	39
3.5.1	Entwicklung des Klassifikationssystems zum Schutz der nationalen Sicherheit.....	39
3.5.2	Das Exekutivprivileg	44
3.5.2.1	Rechtfertigung des Anspruches auf das Exekutivprivileg	46
3.5.2.1.1	Legitimation durch Bezugnahme auf die Verfassung.....	46
3.5.2.1.2	Legitimation des Exekutivprivileges als Folge praktischer Notwendigkeiten.....	47
3.5.2.1.3	Gewohnheitsrecht als Quelle des Exekutivprivileges.....	47
3.5.2.2	Versuche des Kongresses zur Beschränkung des Exekutivprivileges	48
3.5.2.3	Das Exekutivprivileg vor dem <i>Supreme Court</i>	48
3.5.2.4	Nutzung des Exekutivprivileges nach dem Zweiten Weltkrieg.....	52
3.5.3	Das <i>Housekeeping Statute</i>	53
3.5.4	Fazit	54
3.6	Entwicklung des öffentlichen Publikationswesens auf Bundesebene.....	54
4	Diskussion des zu verabschiedenden Verwaltungsverfahrensgesetzes vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg.....	57
4.1	Anlässe für die Diskussion des Akteneinsichtsrechtes	57
4.1.1	Vorbildfunktion der bundesstaatlichen Gesetzgebung	57
4.1.2	Überwindung des bestehenden 'administrativen Chaos'	59
4.1.3	'Administrativer Absolutismus'.....	60
4.2	Aufmerksamkeit für ein Akteneinsichtsrecht innerhalb des zu schaffenden Verwaltungsverfahrensgesetzes	61
4.3	Haltung der Verwaltung zu den Bemühungen um ein Verwaltungsverfahrensgesetz.....	61
5	Informationspolitik während der Truman-Administration.....	65
5.1	Wiederaufnahme der Diskussion des Verwaltungsverfahrensgesetzes am Ende des Zweiten Weltkrieges.....	65
5.2	Zusammenhang der Kritik am geltenden Akteneinsichtsrecht im mit weiteren Forderungen nach mehr Transparenz des Regierungssystemes	70
5.2.1	Unzufriedenheit der Anwaltschaft.....	70
5.2.2	Bedeutung des Themas Pressefreiheit für die Diskussion der informationspolitischen Stärkung der Bürger	76
5.3	Informationspolitik der Truman-Administration	78
5.3.1	Verabschiedung des <i>National Security Act</i>	79
5.3.2	Auswirkungen des Atomenergiegesetzes auf die Lebensumstände von Wissenschaftlern.....	81
5.3.2.1	Widerstand von Wissenschaftlern gegen Behinderungen ihrer Arbeit	82

5.3.2.2	Geheimhaltung auf Grundlage des Atomenergiewetzes.....	85
5.3.2.3	Gesinnungsüberprüfungen auf Grundlage des Atomenergiewetzes.....	90
5.3.3	Trumans Exekutivorder 9835	92
5.3.3.1	Das <i>Federal Loyalty Program</i>	92
5.3.3.2	Ausdehnung des militärischen Klassifikationssystems auf die Bundesverwaltung	97
5.3.4	Trumans Exekutivorder 10290	99
5.3.5	Fazit	105
6	Informationspolitik während der Eisenhower-Administration	107
6.1	Eisenhowers Exekutivorder 10501.....	107
6.2	'Keim der Lüge': der Umgang mit dem Lincoln-Bericht	109
6.3	Novellierung des Atomenergiewetzes	109
6.4	Ausweitung der Interpretation des Exekutivprivileges	109
6.5	Gründung des Büros für strategische Informationen	110
6.6	Gründung des Moss-Ausschusses	110
6.6.1	Hintergründe der Gründung des Moss-Ausschusses	111
6.6.2	Interesse des 84. Kongresses an der Gründung des Moss-Ausschusses	114
6.6.2.1	Parteilich motivierte Interessen im 84. Kongress an der Untersuchung der Informationspolitik der Eisenhower-Administration.....	114
6.6.2.2	Institutionelles Interesse des Kongresses an der Untersuchung der Informationspolitik der Exekutive	117
6.6.3	Interesse der Medien an der Gründung des Moss-Ausschusses.....	118
6.6.4	Die Honaman-Affäre	125
6.6.5	Interesse von Wissenschaftlern und Unternehmern an der Einrichtung des Moss-Ausschusses	129
6.6.6	Interesse der <i>American Civil Liberties Union</i> an der Informationspolitik der Eisenhower-Administration	133
6.7	Beginn der Arbeit des Moss-Ausschusses während des 84. Kongresses.....	134
6.7.1	Abstimmung mit den Aktivitäten im Senat	136
6.7.2	Verhältnis des Moss-Ausschusses zu den Medien.....	137
6.7.3	Erste Ergebnisse der Arbeit des Moss-Ausschusses	142
6.8	Bericht des Coolidge-Ausschusses.....	144
6.9	Bericht der Wright-Kommission.....	147
6.10	Novelle des <i>Housekeeping Statute</i> während des 85. Kongresses.....	149
6.11	Formelle Bedeutung der Novellierung des <i>Housekeeping Statute</i> für den Moss-Ausschuss	154
6.12	Ansätze zum Novellieren des Akteneinsichtsrechtes während des 85. und 86. Kongresses	155
6.13	Konflikt um das Exekutivprivileg als Hindernis für ein Amendieren des Akteneinsichtsrechtes.....	162
6.14	Haltung der Medien zur Informationspolitik der Eisenhower- Administration.....	164
6.15	Vorbehalte aus dem Lager der Journalisten gegen Kritik an der Informationspolitik der Eisenhower-Administration	166
6.16	Die öffentliche Meinung zum Anspruch auf mehr Transparenz der Regierungsgeschäfte.....	170
6.17	Die U-2-Affäre	172
6.18	Zusammenfassung.....	174

7	Informationspolitik während der Kennedy-Administration.....	175
7.1	Innenpolitische Kräfteverschiebung durch die Wahl Kennedys	175
7.2	Neue Rollenverteilung im Konflikt um eine angemessene Informationspolitik der Exekutive	177
7.3	<i>News Management</i>	178
7.3.1	Kennedy fordert die Medien zur Selbstzensur auf.....	180
7.3.2	Reaktionen auf Kennedys Forderung.....	181
7.3.2.1	Zeitungskommentare	181
7.3.2.2	Kennedys Kommentierung seiner Forderung	183
7.3.3	"Das Recht zu lügen" I: Invasion Kubas.....	184
7.3.3.1	Vorbemerkung	184
7.3.3.2	Invasion in der Schweinebucht.....	186
7.3.4	Zweite Aufforderung zur Selbstzensur	188
7.3.5	"Das Recht zu lügen" II: Kubakrise.....	189
7.3.6	Berichterstattung aus Vietnam.....	193
7.3.7	<i>National Security Information</i>	195
7.3.8	Analyse der <i>News Management</i> -Debatte	196
7.4	Gesetzgeberische Aktivitäten während des 87. Kongresses	197
7.5	Moss und die Demokratische Partei.....	199
7.6	Zusammenfassung.....	200
8	Informationspolitik während der Johnson-Administration I: Informationen über den Vietnamkrieg	203
8.1	Johnsons Stil im persönlichen Umgang mit Journalisten.....	203
8.2	Der Weg der USA in den Vietnamkrieg	204
8.3	Behinderung der Berichterstattung über den amerikanischen Krieg in Indochina.....	206
9	Informationspolitik während der Johnson-Administration II: Durchsetzung des <i>Freedom of Information Act</i>.....	213
9.1	Vorschläge für ein neues Akteneinsichtsrecht im 88. Kongress.....	213
9.2	Beschluss des <i>Freedom of Information Act</i> im 89. Kongress	216
9.2.1	Anhörungen zu <i>H.R. 5012</i>	217
9.2.2	Anhörungen zu und Verabschiedung von <i>S. 1160</i> im Senat.....	218
9.2.3	Anhörungen zu und Verabschiedung von <i>S. 1160</i> im Repräsentantenhaus	218
9.3	Hintergründe der Durchsetzung des <i>Freedom of Information Act</i>	219
9.3.1	Übertragung der Jurisdiktion für das Akteneinsichtsrecht auf den Moss-Ausschuss	219
9.3.2	Moss und die demokratische Führung des Kongresses	220
9.3.3	Druck der Johnson-Administration auf Moss	220
9.3.4	Die neue Rolle der Republikaner.....	224
9.3.5	Unterstützung des neuen Akteneinsichtsrechtes außerhalb des Kongresses.....	227
9.3.6	Einfluss der Glaubwürdigkeitslücke	227
9.3.7	Einfluss der Rivalität zwischen der legislativen und exekutiven Regierungsgewalt	227
9.4	Unterzeichnung des <i>Freedom of Information Act</i> durch Präsident Johnson.....	228
9.5	Wieso unterschrieb Johnson?	229
10	Bewertung der neuen Rechtslage	231

11	Der <i>Freedom of Information Act</i> von 1967 bis 1974: der Weg zu seiner ersten Novellierung	237
11.1	Erste Erfahrungen mit dem <i>Freedom of Information Act</i>	237
11.2	Nutzung des <i>Freedom of Information Act</i>	240
11.2.1	Journalisten - die prognostizierte Nutzergruppe	240
11.2.2	Nicht prognostizierte Nutzergruppen.....	243
11.2.2.1	Vertreter von Konsumenteninteressen und NGOs.....	243
11.2.2.2	Wissenschaftler.....	244
11.2.2.3	Der <i>Freedom of Information Act</i> als Mittel zur informationellen Selbstbestimmung.....	245
11.2.2.4	<i>Freedom of Information Act</i> -Anträge aus wirtschaftlichem Interesse	245
11.3	Probleme beim Umsetzen des <i>Freedom of Information Act</i> durch die Verwaltung.....	245
11.3.1	Probleme mit der ersten Ausnahmebestimmung des <i>Freedom of Information Act</i>	249
11.3.2	Urteil des <i>Supreme Court</i> in <i>EPA v. Mink</i>	249
11.4	Interesse im Kongress an der Überwachung der Implementierung des <i>Freedom of Information Act</i>	251
11.4.1	Konflikt um Regel 509	252
11.4.2	Der Legislative Reorganization Act von 1970.....	257
11.5	Außen- und Informationspolitik der Nixon-Administration im Kreuzfeuer	260
11.5.1	Die Pentagon-Papiere	260
11.5.2	Die Anderson-Papiere.....	263
11.6	Reaktionen auf die Kritik an der Außen- und Informationspolitik der Nixon-Administration	265
11.6.1	Reaktionen der Republikaner und konservativer Wähler	265
11.6.2	Reaktion des Kongresses I: Klagen über seinen Ausschluss von Entscheidungsprozessen zur Außen- und Sicherheitspolitik	266
11.6.3	Reaktion der Nixon-Administration I: Flucht nach vorn	275
11.6.3.1	Strafrechtliches Vorgehen gegen Ellsberg.....	276
11.6.3.2	Verschärfung der Geheimhaltung: Exekutivorder 11652 und Versuch einer Strafrechtsnovelle	277
11.6.4	Entwicklung des Watergate-Skandales.....	279
11.6.5	Reaktion der Nixon-Administration II: Bedrohung der Pressefreiheit	282
11.6.5.1	Die Nixon-Administration bestreitet das Recht der Journalisten auf Quellenschutz	284
11.6.5.2	Bedrohung der großen <i>TV-Networks</i>	286
11.6.6	Reaktion des Kongresses II: Durchsetzung der ersten Novelle des <i>Freedom of Information Act</i>	290
11.6.6.1	Anhörungen zur Implementierung des <i>Freedom of Information Act</i> im Repräsentantenhaus des 92. Kongresses.....	290
11.6.6.2	Verabschiedung des <i>Federal Advisory Committee Act</i>	296
11.6.6.3	Anhörungen zum <i>Freedom of Information Act</i> im 93. Kongress.....	297
11.6.6.3.1	Anhörungen im Senat	298
11.6.6.3.2	Anhörungen im Repräsentantenhaus	299
11.6.6.3.3	Neue Klientel für den <i>Freedom of Information Act</i>	301
11.6.6.4	Der <i>Freedom of Information Act</i> und die Gewaltenteilung zwischen Kongress und Präsidentschaft.....	302
11.6.6.5	Beschluss konkurrierender Gesetzesvorschläge im Repräsentantenhaus und Senat	305
11.6.6.5.1	Gemeinsamkeiten der Gesetzesvorschläge	306

11.6.6.5.2	Unterschiede der Gesetzesvorschläge.....	308
11.6.6.5.3	Lobbys.....	309
11.6.6.6	Der <i>Freedom of Information Act</i> im Vermittlungsausschuss von Repräsentantenhaus und Senat.....	310
11.6.6.6.1	Präsident Fords Brief an den Vermittlungsausschuss.....	310
11.6.6.6.2	Reaktion des Vermittlungsausschusses auf die Forderungen von Präsident Ford.....	311
11.6.6.6.3	Die im Vermittlungsausschuss beschlossenen Amendements zum <i>Freedom of Information Act</i>	312
11.6.6.7	Fords Veto gegen <i>H.R. 12471</i> und dessen Überstimmung.....	318
11.7	Fazit.....	320
12	Der <i>Freedom of Information Act</i> nach seiner ersten Novellierung.....	325
12.1	Nutzung des <i>Freedom of Information Act</i>	325
12.1.1	<i>Reverse-Freedom of Information Act</i> -Klagen.....	325
12.1.2	Bearbeitungszeit.....	326
12.1.3	Gewährung von Anträgen auf Akteneinsichtsrecht.....	334
12.1.4	Durch den <i>Freedom of Information Act</i> verursachte Verwaltungskosten.....	339
12.1.5	Fazit.....	345
12.2	Kampagne der Reagan-Administration gegen den <i>Freedom of Information Act</i>	346
12.3	Die <i>Electronic Freedom of Information Act Amendments of 1996</i>	349
13	Ergebnis.....	353
Anhang: Gesetzestexte.....		373
I	Das Akteneinsichtsrecht im Verwaltungsverfahrensgesetz von 1946.....	375
I.a	Vorschlag der American Bar Association von Januar 1944 für die Information Section des Administrative Procedure Act.....	375
I.b	Vergleich der Vorschläge der American Bar Association von Januar und März 1944 für die Public Information Section des Administrative Procedure Act.....	376
I.c	Vorschlag der American Bar Association von März 1944 für die Information Section des Administrative Procedure Act.....	378
I.d	Vergleich des Vorschlages der American Bar Association für die Information Section des Administrative Procedure Act mit der tatsächlich 1946 verabschiedeten Version dieser Sektion.....	379
I.e	Public Information Section (Sec. 3) des Administrative Procedure Act von 1946.....	382
II	Wichtigste Gesetze, die 1953 den Zugang zu und die Geheimhaltung von Informationen im Besitz der Bundesverwaltung regelten.....	383
III	Der <i>Freedom of Information Act</i> von 1966.....	385
III.a	Amendements zur <i>Public Information Section</i> des <i>Administrative Procedure Act</i> von 1946 durch den <i>Freedom of Information Act</i>	385
III.b	Der <i>Freedom of Information Act</i> von 1966.....	390

IV	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1967	393
IV.a	Die Amendments durch <i>Public Law 90-23</i>	393
IV.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1967	398
V	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1974	401
V.a	Gesetzesvorschläge für das Novellieren des <i>Freedom of Information Act</i> aus dem 93. Kongress.....	401
V.b	Novellierung des <i>Freedom of Information Act</i> durch die <i>Freedom of Information Act Amendments of 1974</i>	404
V.c	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1974	413
VI	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1976	419
VI.a	Die Amendments durch den <i>Government in the Sunshine Act</i>	419
VI.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1976.....	428
VII	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1978	433
VII.a	Die Amendments durch den <i>Civil Service Reform Act of 1978</i>	433
VII.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1978.....	441
VIII	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1984	447
VIII.a	Amendments durch den <i>Title IV, Sec. 402 des Semiconductor Chip Protection Act of 1984</i>	447
VIII.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1984.....	456
IX	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1986	461
IX.a	Die Amendments durch den <i>Freedom of Information Reform Act of 1986</i>	461
IX.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1986.....	472
X	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1996	479
X.a	Die Amendments durch die <i>Electronic Freedom of Information Act of 1996</i>	479
X.b	Version des <i>Freedom of Information Act</i> von 1996	496
	Literaturverzeichnis	505

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Förmliche Informationsverweigerungen von Präsidenten gegenüber dem Kongress	45
Tabelle 2:	Zugangsgesetze in den Bundesstaaten	58
Tabelle 3:	Beschwerden beim Moss Ausschuss über Geheimhaltung durch Regierungsstellen in den Jahren 1955 bis 1960	141
Tabelle 4:	FOIA-Anträge 1967-1971 differenziert nach Nutzergruppen	241
Tabelle 5:	Zunahme von FOIA-Anträgen	325
Tabelle 6:	Anzahl 1995 der eingegangenen und bearbeiteten FOIA-Anträge	329
Tabelle 7:	Anzahl der 1996 eingegangenen und bearbeiteten FOIA-Anträge	330
Tabelle 8:	Anzahl der 1997 eingegangenen und bearbeiteten FOIA-Anträge	331
Tabelle 9:	Anzahl der 1998 eingegangenen und bearbeiteten FOIA-Anträge	332
Tabelle 10:	Anzahl der 1999 eingegangenen und bearbeiteten FOIA-Anträge	333
Tabelle 11:	Bescheidung der FOIA-Anträge von 1995	334
Tabelle 12:	Bescheidung der FOIA-Anträge von 1996	335
Tabelle 13:	Bescheidung der FOIA-Anträge von 1997	336
Tabelle 14:	Bescheidung der FOIA- und <i>Privacy Act</i> -Anträge von 1998	337
Tabelle 15:	Bescheidung der FOIA- und <i>Privacy Act</i> -Anträge von 1999	338
Tabelle 16:	1995 verursachte Kosten und eingenommene Gebühren für die Bearbeitung von FOIA-Anträgen	340
Tabelle 17:	1996 verursachte Kosten und eingenommene Gebühren für die Bearbeitung von FOIA-Anträgen	341
Tabelle 18:	1997 verursachte Kosten und eingenommene Gebühren für die Bearbeitung von FOIA-Anträgen	342
Tabelle 19:	1998 verursachte Kosten und eingenommene Gebühren für die Bearbeitung von FOIA-Anträgen	343
Tabelle 20:	1999 verursachte Kosten und eingenommene Gebühren für die Bearbeitung von FOIA-Anträgen	344
Tabelle 21:	Gebührenanteil an FOIA-Bearbeitungskosten des Justizministeriums 1995-1999	345

Karikaturenverzeichnis

Karikatur 1:	"How Did Atomic Energy Information Leak Out to the Damn Scientists in the First Place?"	84
Karikatur 2:	"We Have Documentary Evidence that this Man is Planning a Trip to Moscow"	100
Karikatur 3:	"Always Happy to Take the Word of a Lady"	101
Karikatur 4:	"Well, We Certainly Botched this Job What'll We Stamp it - 'Secret' or 'Top Secret'?"	145
Karikatur 5:	"Fire!"	151
Karikatur 6:	"A Matter of Individual Discretion"	181
Karikatur 7:	"We have a Report That a Newspaperman Asked You the Time - And You Told Him"	188
Karikatur 8:	"Mr. Nader! What Are You Doing There?"	246
Karikatur 9:	"Haunted House"	258
Karikatur 10:	"The Godfather"	259
Karikatur 11:	"'National Security' Blanket"	261
Karikatur 12:	"Don't Mention Anything About Laos - We Haven't Told Him Much About That"	261
Karikatur 13:	"Can You Be Sure That Publication of Those Papers Won't Somehow Some Way Result in Casualties?"	262
Karikatur 14:	"The Government Says Publication of Those Documents on the War Can Be Injurious"	262
Karikatur 15:	"Follow That Car - and That One - and That One -"	263
Karikatur 16:	"New Hand in the Newsroom"	263
Karikatur 17:	"Oh, You Wouldn't Be Interested in the Others"	265
Karikatur 18:	"Speaking for the Great Silent Majority -"	266
Karikatur 19:	"White House Rug"	278
Karikatur 20:	"The Right to Know - 1971"	282
Karikatur 21:	"New Figure on the American Scene"	283
Karikatur 22:	"Open Administration"	284
Karikatur 23:	"The War at Home"	285
Karikatur 24:	"You Have Heard A Speech by the President of the United States"	286
Karikatur 25:	"The Politics of Common Cause"	302
Karikatur 26:	"I'm Sick of the Press Damaging the Presidency"	304
Karikatur 27:	"They Can't Say I'm Not Doing Anything"	319

